

Wagenknecht verklärt die alte Zeit

Ihr neues Buch hat für einen **Empörungsturm** in der Linkspartei gesorgt. Es ist ein Plädoyer für den Nationalstaat und gegen Sprachverbote – aber leider vermischt mit Polemik gegen Kapitalismus und Globalisierung

Von **Rainer Zitelmann**

Historiker und Soziologe

In der Corona-Debatte wurde von der politischen Klasse in Deutschland vehement vor „Impfnationalismus“ gewarnt. Man plädierte für eine „europäische Lösung“, die sich jedoch, so Sahra Wagenknecht, „vor allem durch das von ihr angeordnete Chaos“ auszeichnet habe. Die Vorstellung, dass eine Regierung zuerst an die eigenen Leute denken sollte, ist der Mehrheit der Politiker und erst recht der Intellektuellen hiezulande fremd. Wagenknecht sieht das anders: „Für Menschen, die sich an Gemeinschaften orientieren, ist ihre Familie nicht irgendeine Familie, ihre Heimatregion nicht irgendein Landstrich und ihr Land etwas anderes als andere Länder. Deshalb fühlen sich Staatsbürger des eigenen Landes enger verbunden als Menschen, die woanders leben...“, schreibt sie in ihrem neuen Buch „Die Selbstgerechten“, das gerade erschienen ist.

Die meisten Bürger in Europa, so belegt die Linkspartei-Politikerin anhand von Umfragen, fühlten sich in erster Linie als Franzosen, Italiener oder Deutsche – nicht als Europäer. Sie plädiert für eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa, aber sie wendet sich gegen die These, der Nationalstaat sei überholt: „Die vertiefte europäische Integration, die uns einem supranationalen Einheitsstaat näherbringen sollte, war daher ein Irrweg.“

Sie lehnt die Forderung der Linken nach offenen Grenzen ab und plädiert für eine restriktive Zuwanderungspolitik. Was als „Multikulturalität“ schöngeredet werde, sei in Wahrheit das Scheitern der Integration. Sie verschweigt nicht, dass die Zunahme von Armut in Deutschland auch

mit der Zuwanderung zusammenhängt, denn 70 Prozent der knapp zwei Millionen Menschen aus dem Nahen und Mittleren Osten, die zwischen 2015 und 2019 zu uns gekommen sind, lebten heute von Hartz IV. Das Gefühl der Verpflichtung gegenüber ärmeren Mitbürgern schwinde aber in dem Maße, wie der Kreis der Hilfsbedürftigen auf Nichtstaatsangehörige erweitert werde.

Wer solche Zahlen nennt, darf sich sicher sein, dass er als „Fremdenfeind“ oder „Rassist“ beschimpft wird, und damit sind wir beim zentralen Thema dieses Buches, das ein Rundumschlag gegen die sogenannte „Identitätspolitik“ und gegen die Tabus und Sprechverbote der Political Correctness ist. Es genüge heute bereits, „wenn ein Angehöriger einer Minderheit etwas in den falschen Hals“ bekomme, dass der Sprecher niedergemacht werde.

Besonders empört haben sich linke Kritiker über Wagenknechts Formulierung, die Identitätspolitik laufe

darauf hinaus, „das Augenmerk auf immer kleinere und immer skurrilere Minderheiten zu richten, die ihre Identität jeweils in irgendeiner Marotte finden, durch die sie sich von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden und aus der sie den Anspruch ableiten, ein Opfer zu sein.“

An all diesen Thesen ist viel Richtiges, aber leider vermengt es sich mit einer Polemik gegen „Neoliberalismus“, Kapitalismus, die „Reichen“ – und überhaupt gegen alle, die sie als „Gewinner“ bezeichnet. Wagenknecht sieht sich an der Seite der Verlierer. „Der Held der neuen Zeit“, so schreibt sie, „war stark, eigennützig, erfolgreich, risiko-

freudig, mobil und flexibel. Wer reich wurde, hatte alles richtig gemacht, wer sozial abstürzte, war selber schuld.“ Wagenknecht dreht das um: Ihre Helden sind die „Unterprivilegierten“, also Hartz-IV-Empfänger und Angehörige der Unterschicht, die niemals Mitschuld tragen an ihrer sozialen Lage, und die Bösewichte sind die Reichen, deren Erfolg stets nur auf Herkunft, Zufall, Glück und fiesen Methoden beruhe.

Ihr Buch ist eine Verklärung einer angeblich guten alten Zeit. Vor dem Kapitalismus hätten die Menschen zwar in „sicherlich entbehrrungsreichen“ Verhältnissen gelebt, aber sie verklärt das „viel ruhigere, naturverbundene, in verlässliche Gemeinschaften integrierte Leben“, das im Vergleich zum Kapitalismus „geradezu eine Idylle“ gewesen sei. Tatsächlich waren die Armutsraten in diesen vermeintlich idyllischen vorkapitalistischen Zeiten selbst in den reichsten Ländern der Welt so hoch, wie sie heute nur in Subsahara-Afrika sind. Vor dem Kapitalismus lebten 90 Prozent der Weltbevölkerung in extremer Armut, heute sind es weniger als 10 Prozent.

Idealisiert werden auch die 60er Jahre in Deutschland. Man hat den Eindruck, damals hätten Reiche und Arme unter einem Dach gewohnt, es habe noch keine Villenviertel, Arbeitersiedlungen

und sozialen Brennpunkte gegeben, sondern alles Böse sei ein Ergebnis von „vier Jahrzehnten Wirtschaftsliberalismus“. Absurd ist, wenn Merkels CDU als Vertreterin des „Wirtschaftsliberalismus“ gegeißelt wird, obwohl Merkel zuerst die Energiewirtschaft, dann weitere Branchen wie die Automobil- und die Wohnungswirtschaft immer stärker staatlich reguliert hat. Viele ihrer ökonomischen Thesen sind falsch, so wenn sie behauptet: „Echte Gewinne macht heute nur noch, wer sich Zugang zu den Brieftaschen der Bessergestellten schafft.“ Ein Blick auf die Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt belegt das Gegenteil: Reich geworden sind die allermeisten nicht mit Luxusgütern, sondern mit Produkten für die Masse.

Trotz dieser Kritik ist es ein lesenswertes Buch – was die Teile anlangt, die sich gegen Cancel Culture und die Dämonisierung des Nationalstaates richten. ■



Rainer Zitelmann,

63, ist Historiker und Soziologe. Er hat 25 Bücher geschrieben, u. a. „Kapitalismus ist nicht das Problem, sondern die Lösung“

Großer Auftritt
kostet Geld.



Wissen ist Geld.

